



INHALT

SEITE 1
SOZIALWAHLEN 2005
 Es darf gewählt werden
TAG FÜR DEMOKRATIE

SEITE 2
SCHADENSERSATZ BEI DISKRIMINIERUNG
 Sorgen vor Klageflut unbegründet
SICH ZU HAUSE FÜHLEN
 Abteilung für Integrationsangelegenheiten gegründet

SEITE 3
AUSZUBILDENDE WERDEN AKTIV
 Studie zu interkulturellen Beziehungen
SCHUBLADE OFFEN! AM ANFANG WAR DAS VORURTEIL
 Projekt für (Berufs-)Schulen

SEITE 4
FREMD ODER WAS?
 Film des Monats
„ES IST GENAU SO WIE IM FILM“
 Nachgefragt
WER NICHT WÄHLT, WÄHLT RECHTS
 Aufruf zur Landtagswahl

„aktiv + gleichberechtigt“ versteht sich als ein Beitrag zum Bündnis für Demokratie und Toleranz.



SOZIALWAHLEN 2005

Es darf gewählt werden

Die Wahlunterlagen sind inzwischen verschickt, am 1. Juni wird gewählt. Die Versicherten bei den gesetzlichen Krankenkassen, Unfall- und Rentenversicherungen wählen ihre Interessenvertreter in die jeweiligen Selbstverwaltungsorgane. Diese stellen die Hälfte der Mitglieder der Vertreterversammlung, die andere Hälfte ist mit Vertretern der Arbeitgeber besetzt. Zu den Wahlen treten auch Vertreter der Gewerkschaften an. Einer, der auf der Liste der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di kandidiert, ist Ferhat Cato. Er stammt, wie er selbst sagt, aus einer Gastarbeiterfamilie. Da bei den Sozialwahlen auch Beschäftigte ohne deutschen Pass wählen können, so Cato, sollten sie die Möglichkeit, im Rechtsstaat zu partizipieren, auch nutzen. Das stärkt nicht zuletzt auch „die Forderung der politischen Eliten der Migranten nach einem kommunalen Wahlrecht für Ausländer“.

Ferhat Cato ist durchaus ein Beispiel dafür, Möglichkeiten der Teilhabe zu nutzen – man kann es auch anders formulieren: Er engagiert sich und mischt sich ein. In seiner Heimatstadt Bendorf – das liegt am Rhein zwischen Bonn und Koblenz – arbeitet er als Sozialpädagoge in der Stadtverwaltung, ist Vorsitzender des Personalrats und leitet außerdem das DGB-Ortskartell.

Die Wahlbeteiligung der Migrantinnen und Migranten und ist für ihn von gro-

TAG FÜR DEMOKRATIE

Für den 7. und 8. Mai 2005 haben der DGB, Parteien, Kirchen und zahlreiche andere Organisationen anlässlich des 60. Jahrestag der Befreiung Deutschlands von der Nazi-Diktatur zu einer zentralen Gedenkveranstaltung in Berlin aufgerufen. „Nur wenn wir die Erinnerung [...] an die Opfer der Gewaltherrschaft wach halten, bleibt uns bewusst, wie



ßer Bedeutung. Dies macht er auch am Beispiel der Wahlen zu den Ausländerbeiräten klar. Da gibt es oft, sagt er, eine Wahlbeteiligung „wie zu Studentenparlamenten, so 10 bis 15 Prozent“. In Bendorf ist das anders, über 20 Prozent haben sich beteiligt. Das ist zwar auch nicht riesig, aber immerhin der dritte Platz in Rheinland-Pfalz. Das war auch schon vor vier Jahren so. Diese Konstanz ist Cato wichtig. Dass er auch im Ausländerbeirat aktiv ist, muss wohl nicht noch erwähnt werden.

wichtig und zukunftsweisend Freiheit, Demokratie und Menschenrechte für uns sind“, heißt es in dem Aufruf.

„Jenen, die die Geschichte umdeuten und die Opfer am Tag der Befreiung verhöhnern wollen, setzen wir die Entschlossenheit aller demokratischen Kräfte entgegen. Wir wollen in Deutschland nie wieder Unfreiheit, Intoleranz, Rassismus, Fremdenhass und Anti-

Bei den Sozialwahlen kandidiert Ferhat Cato zum ersten Mal. Hier muss man sich als Gewerkschafter einfach einmischen, findet er. Im Jahr 2003 gaben die Sozialversicherungen über 400 Milliarden Euro an Leistungen aus. Da ist es schon wichtig, mitzubestimmen, wie und wofür das geschieht. Deshalb – so Cato – sollten alle, die wahlberechtigt sind, ihre Stimme abgeben: Und das sind eben auch die Beschäftigten ohne deutschen Pass.

semitismus zulassen“ richtet man an die Adresse von Neonazis, die unter dem Motto „60 Jahre Befreiungslüge. Schluss mit dem Schuld kult“ ebenfalls nach Berlin mobilisiert haben.

Im Rahmen des „Tages für Demokratie“ präsentiert neben vielen anderen Initiativen auch der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ seine Arbeit der Öffentlichkeit.

SCHADENSERSATZ BEI DISKRIMINIERUNG

Sorgen vor Klageflut unbegründet

Der Entwurf zum Antidiskriminierungsgesetz (ADG) wird weiterhin kontrovers diskutiert. Ein immer wieder kritisiert Punkt ist die Möglichkeit des Schadensersatzanspruches bei Diskriminierung. Nach dem Entwurf des ADG soll bei Benachteiligungen aufgrund ethnischer Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, des Alters, wegen Behinderung oder der sexuellen Identität Schadensersatz möglich sein. Arbeitgeber fürchten eine Klagewelle auf die Unternehmen zukommen und sehen gar den Standort Deutschland gefährdet. Doch was ist dran an der Sorge vor der Klageflut?

Die Möglichkeit des Schadensersatzanspruches bei Diskriminierung ist nicht neu. Bereits seit 1980 regelt § 611a des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) im Arbeitsrecht Schadensersatzansprüche von Männern und Frauen, die aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert werden.

Die Hans-Böckler-Stiftung analysierte in einer Recherche in der Datenbank „Juris“ vom Februar 2005 die bisherigen Klagen in Bezug auf Diskriminierungen. Dabei stellte sie fest, dass mit einer Klageflut nicht zu rechnen sei. Lediglich 112 Prozesse seien dort seit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes veröffentlicht worden. Hiervon seien 54 Klagen (davon 43 Frauen) erfolgreich gewesen. Zum Vergleich: Insgesamt sind mehr als 50.000 Arbeitsrechtsfälle in diesem Zeitraum registriert.

„Tatsache ist, dass der Gesetzesentwurf im arbeitsrechtlichen Teil zu wenigstens 95 % lediglich die Vorgaben der EU-Richtlinie erfüllt – vor allem nach den Änderungsvorschlägen, die in der letzten Woche vorgelegt worden sind. Auch der Vergleich mit anderen europäischen Ländern zeigt, dass die Koalition mit der Umsetzung der EU-Richtlinie maßvoll umgeht,“ erläutert Ursula Engelen-Kefler, stellvertretende Vorsitzende des DGB. „Belgien beispielsweise, aber auch Frankreich, Irland, Portugal und Schweden haben weitere Diskriminierungs-

merkmale in ihre gesetzlichen Regelungen aufgenommen. So, wie das Gesetz bei uns gestaltet ist, sind wir also im europäischen Kontext gut aufgestellt. Und die genannten Länder zeigen, dass ein Antidiskriminierungsgesetz weder die Unternehmen belastet, noch zum Ende der Vertragsfreiheit geführt hat. Von einem erheblichen Standortnachteil dieser Länder, die ja ihre Antidiskriminierungsgesetze bereits viele Jahre haben – übrigens teilweise auch neben weiteren starken Arbeitnehmerschutzrechten, wie Teilzeitananspruch und Kündigungsschutz – kann wirklich keine Rede sein.“

Der DGB hat eine Unterschriftenliste zum geplanten ADG herausgebracht. Betriebsräte können die Liste nutzen, um Unterschriften für das ADG zu sammeln. Die Liste kann direkt an den DGB-Bundesvorstand zurückgeschickt werden.

Die Unterschriftenliste findet sich im Dossier zum Antidiskriminierungsgesetz unter:
www.migration-online.de/adg

Jahr	§	♀	√	♂	√
2004	2	2	1	0	0
2003	4	3	1	1	0
2002	2	2	1	0	0
2001	8	3	1	5	1
2000	8	3	3	4	2
1999	4	3	3	1	1
1998	7	2	1	4	1
1997	3	2	1	1	0
1996	7	2	1	4	2
1995	3	2	1	1	1
1994	2	1	1	1	1
1993	6	5	2	1	1
1992	9	8	5	1	1
1991	8	7	1	0	0
1990	5	5	3	0	0
1989	5	5	2	0	0
1988	4	4	3	0	0
1987	5	4	2	1	0
1986	3	3	1	0	0
1985	6	6	3	0	0
1984	5	5	3	0	0
1983	1	1	0	0	0
1982	5	4	3	1	0

§ Anzahl Klagen insgesamt
♀ Klagen von Frauen
♂ Klagen von Männern
√ Erfolgreiche Klagen

Quelle: In der Datenbank „Juris“ veröffentlichte Klagen zum § 611a BGB/Hans-Böckler-Stiftung

SICH ZU HAUSE FÜHLEN



Abteilung für Integrationsangelegenheiten gegründet

Von den ca. 57.000 in Eschweiler lebenden Menschen besitzen fast 10 % eine ausländische Staatsangehörigkeit. Grund genug für die nordrhein-westfälische Stadt, die Integration von Ausländern und Menschen mit Migrationshintergrund in den Mittelpunkt zu rücken und eine eigene Abteilung für Integrationsangelegenheiten zu gründen.

Mit Jürgen Rombach hat nun erstmals ein Integrationsbeauftragter in Esch-

weiler den Dienst aufgenommen. Er steht an der Spitze der neuen Abteilung für Integrationsangelegenheiten, die sich in verschiedenen Bereichen mit alltäglichen Fragen der Integration befasst – von Aussiedlerbelangen über Sozialarbeit bis hin zu Unterkünften und Möbelbeschaffung. Adriana Sygulla, stellvertretende Integrationsbeauftragte dazu: „Wir möchten mit der Abteilung eine Anlaufstelle für Migrantinnen und Migranten sein. Bisher stieß unser Angebot auf eine sehr positive Resonanz. Dies zeigt sich allein schon in den immer weiter steigenden Beratungszahlen.“

Die Abteilung für Integrationsangelegenheiten widmet sich Beratungen zum Zuwanderungsgesetz, Einbürgerungen, Bildung, Härtefallberatungen und bietet eine Clearingstelle für interkulturelle Problembereiche. Außerdem berät und unterstützt sie Ämter und Institutionen in Migrationsfragen und betreut den Integrationsrat durch die Verwaltung. Wie diese vielfältigen Handlungsfelder in der Praxis umgesetzt werden, zeigt ein Blick in die Sprechstunden: „Migrantinnen und Migranten kommen mit den verschiedensten Problemen zu uns. Das reicht von Unterstützung bei der Anerkennung von Zeugnissen oder Schulabschlüssen, Hilfe bei der Wohnungssuche, Klärung von Fragen zum Status bis hin zur praktischen Hilfe, wenn z.B. Schülerinnen und Schüler nicht regelmäßig in der Schule erscheinen.“ Gleichermaßen hat sich die Abteilung für Integrationsangelegenheiten auch das Ziel gesetzt, innovative Ideen von Zuwanderern zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu bündeln.

Sygulla, die selbst einen Migrationshintergrund hat, ist jedenfalls sichtlich zufrieden mit ihrer Arbeit: „Ich bin erst seit ein paar Jahren in Eschweiler. Und

ich habe inzwischen das Gefühl, dass ich hier zu Hause bin. Die Rückmeldungen durch die Migrantinnen und Migranten zu unserer Arbeit sind überaus positiv. Das stärkt uns enorm.“

Die Stadt Eschweiler beschäftigt sich schon seit längerem mit Fragen des interkulturellen Dialoges. So hatten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt über drei Jahre an einem Qualifizierungsangebot zur Interkulturalität in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen des Kompetenzzentrums Migration und Qualifizierung des DGB Bildungswerkes teilgenommen. Außerdem hatte sie im letzten Jahr eine Arbeitsgruppe Integration/interkulturelle Öffnung/Migration (AGIM) eingerichtet.

Kontakt:
Stadt Eschweiler
Abt. für Integrationsangelegenheiten
Rathausplatz 1
52249 Eschweiler
www.eschweiler.de
Jürgen Rombach
Telefon 0 24 03/71-2 91
juergen.rombach@eschweiler.de
Adriana Sygulla
Telefon 0 24 03/71-6 23
adriana.sygulla@eschweiler.de

AUSZUBILDENDE WERDEN AKTIV!

Studie zu interkulturellen Beziehungen

Das interkulturelle Zusammenarbeiten von Jugendlichen in Betrieben klappt ohne große Probleme. Das ist in einem Satz zusammengefasst das erste Teilergebnis der Studie „Azubis unterschiedlicher Herkunftskultur: Wie kommen sie im betrieblichen Alltag miteinander aus?“

Insgesamt 1.130 Auszubildende bei Ford Köln, Deutsche Bahn Dortmund, Bosch Stuttgart-Feuerbach und der Deutschen Werft in Kiel wurden befragt, wie sie im betrieblichen Arbeitsalltag miteinander auskommen. Die knappe Antwort: Gut! „Wir haben in unserer Studie festgestellt, dass das interkulturelle Zusammenleben von Jugendlichen in Betrieben sehr gut funktioniert. Es gibt zwar am Rande kleinere Probleme, aber Stichwörter wie Fremdenfeindlichkeit oder Rassismus finden sich kaum“, erläutert Iris Bednarz-Braun vom Deutschen Jugendinstitut, die das Xenos-Projekt durchgeführt hat.

„Entgegen dem bisherigen Trend von ‚Parallelgesellschaften‘ auszugehen, sollten wir zur Kenntnis nehmen, dass wir es mit einer neuen Generation von Jugendlichen zu tun haben. Sie sind zusammen aufgewachsen und haben sich interkulturelle Kompetenz von Kindesbeinen an im täglichen Zusammenleben angeeignet“, gibt Bednarz-Braun zu bedenken. Ein Problem ergibt sich nur – so die Jugendlichen in

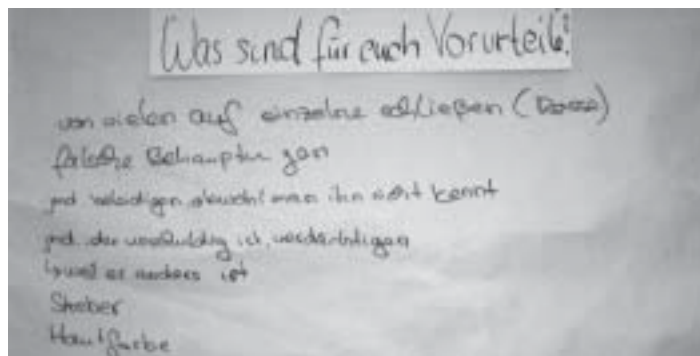
der Befragung – beim Gebrauch einer Sprache, die von anderen nicht verstanden wird. Vor allem wenn Jugendliche die Vermutung haben, dass sich jemand über sie lustig mache, empfinden sie die Verwendung der Herkunftssprache von anderen als Ausgrenzung.

In der zweiten und dritten Phase des Projektes, die sich an die Befragung der Jugendlichen anschließt, wird die praktische Umsetzung der Ergebnisse angestrebt. Es finden Seminare für die in den beteiligten Betrieben beschäftigten Jugendlichen statt, in denen die Ergebnisse der ersten Phase des Projektes diskutiert werden und Maßnahmen entwickelt werden. In der letzten Phase des Projektes wird dann ein praxisorientiertes Handbuch erstellt.

„Das Projekt des DJI ist ein wichtiger Beitrag für das Engagement gegen Rassismus und Ausgrenzung vor Ort, insbesondere in den Betrieben. Es fördert das interkulturelle Verständnis und Miteinander und macht Solidarität sowie Integration erfahrbar“, erläutert Thomas Kalkbrenner von der IG-Metall-Jugend, die das Projekt unterstützt hat.

Die Studie kann heruntergeladen werden unter: www.migration-online.de/dji-studie und unter: http://cgi.dji.de/bibs/224_XenosAzubi.pdf

Kontakt:
PD Dr. Iris Bednarz-Braun
Deutsches Jugendinstitut
bednarz@dji.de



SCHUBLADE OFFEN! AM ANFANG WAR DAS VORURTEIL

Projekttag für (Berufs-)Schulen

Vor über fünf Jahren schloss sich in Sachsen ein breites Bündnis zum Netzwerk für Demokratie und Courage zusammen, bestehend aus DGB-Jugend, Jusos, Naturfreundejugend, SDJ – die Falken und den Jungen Grünen. Ziel war es, Fremdenfeindlichkeit, gewalttätigen Übergriffen von Rechten, Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien und Stammtischparolen gemeinsam etwas entgegenzusetzen. Dabei sollte der direkte Kontakt zu Jugendlichen gesucht werden, um früh gegen Rassismus vorzugehen. Im Jahr 2002 wurde die Aktion schließlich in Rheinland-Pfalz und im Saarland aufgegriffen.

In der Folge wurden unterschiedliche antirassistische Projekttag entwickelt, die seitdem von Teamerinnen und Teamern direkt in Schulklassen umgesetzt werden. Insgesamt stehen vier verschiedene Projekttag zur Auswahl, die jeweils unterschiedliche Themengebiete ansprechen. Diese reichen von Migration über Rassismus, Autorität und Gehorsam, Gewalt und Courage bis hin zu Demokratie und Mitbestimmung. Dieser letzte Projekttag widmet sich speziell Berufsschülern und Berufsschülerinnen.

Mit den Teilnehmern und Teilnehmerinnen werden die konkreten Probleme in Ausbildung und Beruf erarbeitet, nach Lösungsmöglichkeiten gesucht und Beteiligungsformen für jugendliche Auszubildende aufgezeigt. Zentraler Punkt dieses Projekttag ist die Diskussion über wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge. Dabei wird die Bedeutung und Rolle einer demokratischen Kultur der Mitbestimmung aus der Perspektive der Jugendlichen aufgegriffen. Den Berufsschülern und Berufsschülerin-

nen sollen „Mitmachmöglichkeiten“ in ihrem Umfeld aufgezeigt werden, um sie zu einem gesellschaftlichen Engagement anzuregen.

Dazu Susanne Wingertzahn, Jugendbildungsreferentin der DGB-Jugend Rheinland-Pfalz: „Natürlich können auch die anderen Projekttag für Berufsschüler genutzt werden, aber uns war wichtig nicht nur aufklärerisch, sondern auch präventiv zu wirken. Wer seine Rechte kennt und sich in Prozessen an der Arbeit und in der Gesellschaft beteiligt, geht auch bewusster mit Problemen und Lösungsmöglichkeiten um. Daher begrüßen wir auch sehr, dass die Projekttag am häufigsten von Berufsbildenden Schulen und Hauptschulen genutzt werden“.

Alle Teamer sind ehrenamtlich tätig, insgesamt gibt es 115 im Saarland und in Rheinland-Pfalz. Der größte Teil ist Anfang 20 und studiert, aber auch Auszubildende engagieren sich trotz ihres Arbeitsalltages: Wingertzahn erzählt, dass sich manche extra für die Projekttag freinehmen. Die Reaktionen der Lehrer und Schüler sind durchgehend positiv. „Die Schüler sind fast durchweg bereit mitzumachen, was durch den methodischen Aufbau der Projekttag bedingt ist. Sie werden hier permanent gefordert, keiner kann sich ausklinken und das wird sehr gut angenommen. Auch bei den Lehrern ist die Annahme des Projektes enorm, manche bestellen sogar alle Projekttag hintereinander!“ kommentiert Wingertzahn.

Netzwerk für Demokratie und Courage West
Landesnetzstelle Rheinland-Pfalz
Kaiserstrasse 26–30
55116 Mainz
www.ndc-west.org

AKTIV + GLEICHBERECHTIGT MIGRATION 5

FREMD ODER WAS?

FILM DES MONATS

Fünf Filme – fünf Geschichten – fünf Leben. In der Videoreihe „Fremd oder was?“ berichten sechs Migrantinnen und Migranten über ihre Lebens- und Migrationserfahrung.

„Ich verfüge über Erfahrungen aus beiden Welten, und das macht meinen Reichtum“, sagt zum Beispiel Jean Claude Diallo aus Guinea. Er kam zum Studium nach Deutschland – später ging er zurück nach Guinea. Heute arbeitet er wieder in Deutschland, in einer Einrichtung für traumatisierte Flüchtlinge. Ganz anders dagegen die Geschichte von Pierluigi Campi, einem gebürtigen Kölner mit italienischen

Pass. Sein Vater war sozialistischer Bürgermeister einer norditalienischen Industriestadt. Eines Morgens empfangen ihn die Faschisten in seinem Büro und – so Campi – „stülpten ihm eine Remington-Schreibmaschine über den Kopf“. Die Familie floh – Gigi wurde in Köln geboren.

Dies sind nur zwei Beispiele der Filmreihe „Fremd oder was?“. Vorgestellt werden in der Filmreihe:

- Sengül Senol – Kurdin in Köln
- Jean Claude Diallo aus Guinea in Frankfurt am Main
- Maria Diersch aus Polen in Leipzig
- Mamure Ademawska – mazedonische Roma in Köln
- Gigi Campi – Italiener in Köln

Auszuleihen sind die Filme im Filmverleih des DGB Bildungswerk: www.migration-online.de



„ES IST GENAUSO WIE IM FILM“

Nachgefragt

Abrahim Akbal, Betriebsrat Daimler Chrysler AG Bremen gab gegenüber aktiv + gleichberechtigt ein positives Statement ab: „Wir führen für unsere

600 türkischen Mitarbeiter regelmäßig Seminare über betriebliche Mitbestimmungsmöglichkeiten durch. Auf dem letzten Seminar habe ich dort die türkische Version des Films „Als die Gäste blieben ... – Türkisches Leben in Forchheim“ gezeigt. Dies war ein sehr guter

Einstieg für die spätere Diskussion über ihre momentane Situation. Einhellige Reaktion der Teilnehmer war: „Es ist genauso wie im Film“ – so konnten wir gemeinsam die Probleme der Teilnehmer an ihrem Arbeitsplatz herausarbeiten und Gegenstrategien entwickeln.“

WER NICHT WÄHLT, WÄHLT RECHTS

Aufruf zur Landtagswahl

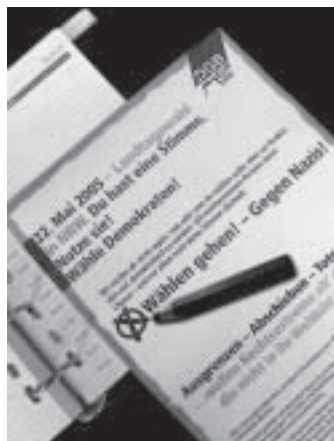
„Überall da, wo rechtsextreme Parteien gewählt werden, können sich Ungleichheit, Gewalt und Ungerechtigkeit ein Stück Raum erkämpfen. Das wollen wir nicht zulassen. Deshalb wollen wir, dass möglichst viele Menschen wählen gehen. Rechtsextreme Parteien profitieren von den Nichtwählern, weil dadurch ihr prozentualer Stimmenanteil steigt.“ So heißt es in dem Flyer, den die DGB-Jugend Nordrhein-Westfalen als Aufruf zur Landtagswahl am 22. Mai 2005 erstellt hat.

„Wir möchten auffordern, demokratisch zu wählen“, erläuterte Ralf Woelk, Landesjugendsekretär beim DGB Nordrhein-Westfalen gegenüber

AKTIV + GLEICHBERECHTIGT. „Der Flyer soll die Jugend in NRW dazu aufrufen, wählen zu gehen und vor allem ihre Wahl zu nutzen. Rechte profitieren von der geringen Wahlbeteiligung – dies soll durch unseren Flyer deutlich werden.“

Der Flyer wurde mit Unterstützung der GEW in einer 120.000-er Auflage an Schulen in Nordrhein-Westfalen verteilt. „Für uns ist wichtig, dass deutlich wird, wofür Gewerkschaften stehen. Gewerkschaften setzen sich auf vielfältige Weise für Chancengleichheit und Antirassismus ein. Deshalb haben wir neben dem Flyer auch eine Homepage eingerichtet, auf der wir Aktivitäten der Gewerkschaften gegen Rechts vorstellen. Dort finden sich auch Hintergrundinformationen“, berichtet Woelk.

Der Flyer kann heruntergeladen werden unter: www.migration-online.de/good-practice-center
Weitere Infos: www.dgb-jugend-nrw.de



GEFÖRDERT DURCH



IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V. Verein gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus
Vorstand:
Holger Menze, ver.di
Ulrich Freese, IG BCE
Leo Monz, DGB Bildungswerk

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

REDAKTION

Michaela Dälken

LAYOUT

Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

DRUCK

WAZ-Druck, Duisburg

ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V. Verein gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus
Geschäftsstelle:
DGB Bildungswerk e.V.
Migration & Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 93
Telefax 02 11/43 01-1 34
info@gelbehand.de
www.gelbehand.de